

 MEINUNG

Plötzlich wieder Atomkraft? Reiches Pläne entlarven Merz' Energiechaos

Katherina Reiche soll eine Rückkehr zur Atomkraft prüfen. Für unseren Autor ist das kein Comeback, sondern Symbol einer planlosen Energiepolitik. Ein Kommentar.



Lukas Kuite

06.11.2025

🔄 07.11.2025, 09:35 Uhr



Das Atomkraftwerk im bayerischen Gundremmingen vor seiner Sprengung Ende Oktober: Demonstranten posieren mit Masken von Bundeskanzler Friedrich Merz und Vizekanzler Lars Klingbeil.

Dwi Anoraganingrum/imago

Deutschland steckt 2025 in einer der schwersten Wirtschaftskrisen der Nachkriegszeit. Hunderttausende Industriearbeitsplätze stehen auf dem Spiel, die Standortbedingungen sind miserabel. [Wirtschaftsministerin Katherina Reiche](#) (CDU) will mit einem subventionierten Industriestrompreis gegensteuern – erlaubt ist das nach EU-Recht nur drei Jahre. Zugleich prüft Brüssel Zölle auf billigen Stahl aus [China](#), um den Absturz der hiesigen Stahlindustrie zu bremsen.

Wer vor der Pandemie lebte, erinnert sich an ein anderes [Deutschland](#): selbstbewusst, wachstumsstark, exportgetrieben. Heute fehlen der [Merz-Regierung](#) nach sechs Monaten Amtszeit die Antworten auf zentrale Fragen – allen voran: Wer soll die Energie für die Industrie bezahlen?

Mitten in dieser Krise sorgt eine neue Irritation für Aufsehen: IAEA-Chef Rafael Mariano

Grossi behauptet im Interview mit Politico, das Wirtschaftsministerium plane möglicherweise eine Rückkehr zur Atomkraft. Reiche habe ihm gesagt, das Thema werde „sehr ernsthaft geprüft“. Ein Satz, der reicht, um Berlin in Aufruhr zu versetzen.



Reiches riskantes Experiment: Warum der Industriestrompreis zum Ost-Test wird

Berlin 06.11.2025



Stahlgipfel in Berlin: Wie Politik und Industrie die Krise meistern wollen

Politik 06.11.2025



Wollte Wirtschaftsministerin Katherina Reiche mit dieser Information etwas bewirken?

Grossi ist nicht irgendwer, sondern der Chef einer Organisation der Vereinten Nationen. Fast die ganze Energiewelt baut auf seine Aussagen. Es ist unvorstellbar, dass Reiche diese kleine Nebeninfo unbewusst platziert hat. Jahrelang war sie für einen aktienfinanzierten Energiekonzern (Westenergie AG) tätig. Sie weiß: Jede Aussage kann Geld kosten. In der Politik ist es Glaubwürdigkeit. Also wieso verkündet die nach eigenen Angaben technologieoffene Ministerin den Atom-Wiedereinstieg Deutschlands mal ebenso, nebenbei am Rande einer Veranstaltung?



Rafael Mariano Grossi, Chef der Internationalen-Atomenergie-Organisation (IAEA), auf einer Pressekonferenz der Vereinten Nationen in New York City
IMAGO/Giada Papini Rampelotto/Europare

Grossi führt weiter aus: „Vielleicht nicht über große Reaktoren, sondern über Small Modular

Reactors (SMR) oder die Kernfusion.“ Und hier liegt der wunde Punkt: Die Mandate dieser zwei modernen Technologien liegen im Forschungsministerium, bei [Dorothee Bär \(CSU\)](#), und nicht bei Reiche. Wollte sie damit unnötig Druck auf Bärs Forschungs- und Raumfahrtministerium auslösen, mit dem sie sich monatelang um Ressorts, Budgets und Mandate gestritten hat? Es geht hier allerdings um viel mehr als um interne Regierungsquerelen. Es geht um die Zukunft des Industriestandortes Deutschland. Und das scheinen die Mächtigen wohl noch nicht begriffen zu haben.



Deutschlands Wasserstoff-Traum platzt – Regierung scheitert an Frankreich-Pipeline

Der Rechnungshof wirft der Regierung Versagen beim Wasserstoff vor. Milliarden fließen, doch die Pipeline nach Frankreich stockt. Deutschland verfehlt seine eigenen Ziele.

Von Lukas Kuite

Bundesregierung 30.10.2025



Merz-Regierung verunsichert mit unklarem Industriestrompreis

Laut dem EY-Industriearbometer zeigt sich ein alarmierendes Bild: Monatlich gehen rund 10.000 Industriearbeitsplätze in Deutschland verloren. „Wertschöpfung, die heute abwandert, holen wir nicht zurück“, warnte der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Gunnar Groebler, am Donnerstag nach dem [Stahlgipfel im Kanzleramt](#). Besonders betroffen seien industriell geprägte Regionen, in denen Menschen Verunsicherung und Zukunftsangst spürten. „Wer den sozialen Frieden sichern will, muss die industrielle Grundlage dieses Landes sichern.“

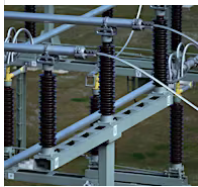
Um vor dem Gipfel für gute Stimmung zu sorgen, [kündigte Reiche Anfang der Woche einen Industriestrompreis von fünf Cent pro Kilowattstunde an](#). Ab 1. Januar 2026 soll er kommen, aber nur für 2000 Unternehmen gelten. Der Rest wird rund 40 Cent zahlen müssen. Auch umstritten ist, wie lange der Preis nach EU-Recht gelten darf. Für Klarheit und Einzelheiten ihres Plans sorgte die Ministerin im Nachgang wieder einmal nicht.



Auch die Landeschefs waren am Donnerstag vor Ort: Hendrik Wüst (L., CDU), Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, kommt zum Stahlgipfel ins Bundeskanzleramt.

Britta Pedersen/dpa

Die Industrie begrüßte den Vorstoß im Einklang, betonte jedoch, dass nachhaltigere Reformen im Stromnetz nötig wären, wie zum Beispiel die Dynamisierung der Netzentgelte. Reiches Ministerium ließ eine Antwort auf Anfrage offen. Wie bei der Atom-Meldung, die durch IAEA-Chef Grossi produziert wurde, ist der Industriestrompreis Stand jetzt ein halbgares Experiment, das die Merz-Regierung angekündigt hat. Und das tut sie nicht zum ersten Mal.



Regierung plant Strom-Subvention: Entlastung für Industrie, Belastung für Haushalte

Kanzler Merz lädt zum Stahlgipfel. Die Industrie soll ab 2026 günstigen Strom bekommen. Doch wer zahlt die 1,5 Milliarden Euro jährlich?

Von Harald Neuber

CDU 04.11.2025



Reiche lässt Wasserstoffpläne offen: Will sie nun Atomstrom?

Der Bundesrechnungshof kritisierte vergangene Woche bereits, dass die nationale Wasserstoffstrategie an ihre Grenzen gelangt. Der Ausbau des Kernnetzes sei zu ambitioniert, die Aufträge für das noch sehr teure klimaneutrale Gas blieben aus. Aus Kreisen der Regierung erfuhr die Berliner Zeitung, dass im nächsten Jahr einige geplante Neubaustrecken des Pipelinenetzes einkassiert werden müssten. Auch die Wirtschaftsvereinigung Stahl forderte unmittelbar nach dem Stahlgipfel den „schnellen Ausbau eines europäischen Wasserstoffnetzes“. Wo bleibt die klare Zusage von Ministerin Reiche zum Thema klimaneutrales Gas? Und wieso kommt alles immer erst so indirekt ans Licht?

Bei der fossilen Gasversorgung hat die CDU-Politikerin immerhin halbwegs Klarheit geschaffen. Nachdem die Grünen im Herbst 2024 an der fehlenden Zustimmung der Union gescheitert waren, sehen Reiches Pläne nun Gaskraftwerke mit einer Kapazität von 20 Gigawatt vor; die EU-Kommission hat den Umfang jedoch auf zehn bis 12,5 Gigawatt reduziert. Unklar also bleibt: Wo soll der Ausgleich dieses Energieverlusts herkommen? Auch hier hat die Ministerin noch keine Antworten geliefert.



B+ Habecks Gaskraftwerke gescheitert – Verband warnt: „Kohlekraftwerke werden länger laufen“

Für den Übergang zu erneuerbaren Energien wollte der Vizekanzler Gaskraftwerke bauen. Der Plan scheint nun geplatzt zu sein. Verbände sind vom Hin und Her genervt.

Von Lukas Kuite

SPD 14.12.2024



Stattdessen werden Halbwahrheiten und Lippenbekenntnisse über eine angebliche Rückkehr zur Atomkraft – ob absichtlich oder nicht – öffentlich gemacht. Dass der Ausstieg aus der Kernenergie ein Fehler war, ist eine legitime Debatte. Innovative Reaktorkonzepte sind willkommen – Start-ups wie [Proxima Fusion](#) arbeiten bereits daran. Es geht hier vielmehr um die Glaubwürdigkeit der Regierung, wie sie Energie in Zukunft finanzieren will.



B+ Investoren verlieren jetzt die Geduld: Deutschlands Reformversprechen platzen

Der Aufbruch ist verpufft: Nach dem Hype im Frühsommer kippt die Stimmung. Internationale Investoren verlieren die Geduld mit Deutschland.

Von Lukas Kuite

Europa 04.11.2025



Merz' Energiepolitik: Investoren brauchen Klarheit und keine Lippenbekenntnisse

Ob die plumpe Aussage einer „Rückkehr“ zur Kernenergie Reiches Absicht war oder nicht, spielt hier weniger eine Rolle. Vielmehr geht es um die internationalen Investoren und Unternehmen, die im Wochentakt neue energiepolitische Kurswechsel aus Berlin hören.

Dass internationale Geldgeber Deutschland wieder den Rücken kehren, ist längst bekannt; der Investitionshype vom Frühsommer ist verpufft. Die Weltwirtschaft wartet auf klare Rahmenbedingungen in Europas (noch) größter Volkswirtschaft. Die Merz-Regierung muss also endlich zusehen, dass sie in Sachen Energieversorgung eine klare Sprache spricht. Sonst droht das Jahr 2025 als verlorenes Jahr für Investitionen, Innovation und Vertrauen zu enden.

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns gern! briefe@berliner-zeitung.de

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.